

Thomas Schlemmer

Erfolgsmodelle?

Politik und Selbstdarstellung in Bayern und Baden-Württemberg zwischen „Wirtschaftswunder“ und Strukturbruch „nach dem Boom“

1. „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“

Im Herbst 1999 gelang der baden-württembergischen Landesregierung unter dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel ein echter Marketing-Coup. Unter dem Slogan „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ startete sie eine viel beachtete Imagekampagne, die oft kopiert wurde, in ihrer provokanten Mischung aus Selbstbewusstsein und Selbstironie aber unerreicht geblieben ist. Der Stolz auf glänzende Wirtschaftsdaten oder Arbeitsmarktzahlen und die Überzeugung, aus eigener Kraft erfolgreicher zu sein als andere Länder der Republik, ermöglichte es, spielerisch mit dem traditionellen, in Geschichte und Dialekt wurzelnden Unterlegenheitsgefühl im Süden und Südwesten Deutschlands umzugehen und aus der Not gleichsam eine Tugend zu machen.¹

Während sich andere Bundesländer daraufhin einen wahren Wettlauf um die pfiffigsten Werbesprüche lieferten, hieß es in der bayerischen Staatskanzlei, „man habe so etwas nicht nötig“.² Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit, denn der Bayerische Rundfunk bemüht sich nicht umsonst unter dem Titel „Da bin ich daheim“, die Einheit und Vielfalt Bayerns gleichermaßen darzustellen.³ Zudem hat sich der Spruch „Mia san mia“, den die Spieler des FC Bayern München seit Jahren auf ihren Trikots tragen, zu einer Art inoffiziellen bayerischen Wahlspruch entwickelt. Auffällig sind auch hier der Stolz auf die eigene Leistung, ein an Arroganz grenzendes Selbstbewusstsein und das Gefühl, irgendwie anders zu sein als die Menschen im Rest der Bundesrepublik. Als Werbeträger eignen sich solche Slogans vor allem deshalb, weil sie Assoziationen von – überwiegend positiv konnotierten, wenn auch zuweilen widersprüchlichen oder geradezu paradoxen – harten und weichen Standortfaktoren miteinander verbinden und eine wahre Flut von Bildern evokieren, die als gemeinhin typisch für Bayern oder Baden-Württemberg gelten: weltoffene Provinzialität, Natur und *Hightech*, Neuschwanstein und BMW oder Kuckucksuhr und Daimler-Benz. Dass diese Verbindung von Tradition und Moderne aber vergleichsweise neuen Datums ist, als Produkt geschickter Vermarktung gelten muss und nicht zuletzt sozioökonomische Veränderungen reflektiert, die weit in die Geschichte der Bundesrepublik zurückreichen, wird dabei freilich zumeist vergessen. Das gilt auch für die Tatsache, dass diese Entwicklungen nur zum Teil das Resultat gezielter politischer Steuerung sind. Vielmehr beruhen sie auf längerfristigen, von der Politik nur schwer beeinflussbaren Prozessen und auf kontingenten Faktoren.⁴

¹ Vgl. dazu Rolf Grauel: Was Werbung treibt. Wir können alles. Außer Werbung, in: brand eins 10/2003, S. 16ff., und mit Blick auf die Rolle des Dialekts Werner König: Wir können Alles. Außer Hochdeutsch. Genialer Werbespruch oder Eigentor des deutschen Südens? Zum Diskriminierungspotential dieses Slogans, in: Sprachreport 29 (2013), H. 4, S. 5-14.

² Die Zeit vom 15. 8. 2007: „Deutschlandkarte: Welche Slogans werben für die Bundesländer?“

³ Vgl. Bayerisches Fernsehen: Da bin ich daheim; www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/da-bin-ich-daheim/index.html (letzter Zugriff: 29. 10. 2015).

⁴ Für Bayern vgl. Stefan Grüner: Geplantes „Wirtschaftswunder“? Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1945 bis 1973, München 2009.

In diesem Beitrag geht es somit um Strukturwandel und Kommunikationsstrategien, wobei auch danach zu fragen ist, wie erfolgreich die als Klassenbeste verkauften Bayern und Baden-Württemberger nun wirklich gewesen sind. Schließlich lassen Spitzenpolitiker aus München und Stuttgart kaum eine Gelegenheit aus, um Selbstbewusstsein zu demonstrieren oder Ratschläge in den Westen, Norden und Osten Deutschlands zu schicken. In diesem Sinne ließ etwa Ministerpräsident Horst Seehofer die Republik in einer Regierungserklärung wissen: „Der Fortschritt spricht bayerisch!“ Und: „Lernen vom Besseren heißt lernen von Bayern!“⁵ Zwar sind die Töne aus Stuttgart seit dem Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Grün-Rot und Grün-Schwarz leiser geworden, und die „Südschiene“ hat aufgrund der neuen politischen Konstellationen in Baden-Württemberg an bundespolitischer Bedeutung verloren,⁶ aber die These, es gäbe eine besondere süddeutsche Erfolgsgeschichte, wird noch immer kaum ernsthaft hinterfragt oder gar bezweifelt.

Nach einem kurzen Blick auf die historische Forschung zum Problemkomplex Föderalismus näherte ich mich dem Thema Strukturwandel und Kommunikationsstrategien zwischen „Wirtschaftswunder“ und Strukturbruch „nach dem Boom“⁷ in drei Schritten. Die erste Frage gilt der Rolle und dem Gewicht von Landespolitik im föderativen System der Bundesrepublik. Dann folgt, zweitens, eine kurze Bestandsaufnahme der sozioökonomischen Entwicklung in Bayern und Baden-Württemberg unter besonderer Berücksichtigung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten. Drittens geht es schließlich um die Entwicklungsziele und die Fortschrittsparadigmen, die die Landesregierungen in München und Stuttgart bis weit in die 1970er Jahre hinein propagierten. Am Ende dieses Aufsatzes werden einige Thesen stehen – zur Periodisierung der Geschichte der „alten“ Bundesrepublik aus der Perspektive der Länder ebenso wie zum Paradigma des Erfolgs.

2. Stiefkind Föderalismus

Wer an die Gründung der „Bonner Republik“⁸ denkt, der erinnert sich rasch an einen Satz, mit dem Arnulf Baring vor mehr als 45 Jahren seine klassische Studie zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik in den 1950er Jahren eröffnet hat: „Im Anfang war Adenauer.“⁹ Dieses Diktum hat zwar nicht wenig Widerspruch erfahren, doch vor allem die Generation der Mitlebenden hat Barings Zuspitzung als treffende Beschreibung der

⁵ Bayern. Die Zukunft. Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, MdL, am 12. 11. 2013 im Bayerischen Landtag, hrsg. von der Bayerischen Staatskanzlei, München o.J., S. 3, 5.

⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 26. 4. 2011: „Kollisionen auf der Südschiene“; Rhein-Neckar-Zeitung vom 26. 9. 2014: „Bayern und Baden-Württemberg beleben ‚Südschiene‘ neu“; Spiegel-Online vom 21. 11. 2014: „Kretschmann auf Grünen-Parteitag: Mahner aus dem Musterlände“.

⁷ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 3., ergänzte Aufl., Göttingen 2012; zum „Strukturbruch“ im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts bzw. zum „Nebeneinander von Kontinuitäten und Strukturbrüchen“ vgl. ebd., S. 12–16 (Zitat: S. 16).

⁸ Dieser zunächst in der politischen Publizistik geprägte Begriff ist in den letzten Jahren zunehmend auch von der historischen Forschung verwendet worden; vgl. etwa Thomas Brechenmacher: Die Bonner Republik. Politisches System und innere Entwicklung der Bundesrepublik, Berlin 2010.

⁹ Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München/Wien 1969, S. 1; der folgende Abschnitt ist angelehnt an Thomas Schlemmer/Hans Woller: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, München 2004, S. 1–21.

Geschichte der Bundesrepublik in ihren Kinder- und Jugendjahren verstanden. Die suggestive Kraft dieser „biblische[n] Formel“¹⁰ drängte andere Akteure ebenso an den Rand des kollektiven Gedächtnisses wie die historischen Rahmenbedingungen und die Institutionen, die vor 1949 entstanden waren und die das Gesicht des neuen westdeutschen Staates entscheidend prägen sollten. Mit Blick auf die Institutionen könnte man in Abwandlung von Barings Zitat sogar ernsthaft behaupten: „Am Anfang waren die Länder“.¹¹

Als erste Kristallisationskerne deutscher Staatlichkeit nach dem Untergang des Dritten Reichs bildeten sie gleichsam die natürlichen Bausteine für das neue westdeutsche Haus, dessen Grundriss seit dem Sommer 1948 immer deutlicher zu sehen war.¹² Dass die Länder über das Recht des Erstgeborenen und damit über eine eigenständige, vom Bund unabhängige Legitimation verfügten, prägte auch die politische Kultur der Bundesrepublik, ganz zu schweigen davon, dass sie nicht wenig zur Integration einer von den Folgen des Zweiten Weltkriegs schwer gezeichneten Gesellschaft beigesteuert haben. Der Föderalismus trug von Anfang an „der tief verwurzelten Beziehung zur Heimat und der Bindung an die eigene Region der meisten Deutschen Rechnung“.¹³

Die Historiographie zur Geschichte der „Bonner Republik“ ist der Bedeutung und Funktion der Länder zwischen 1949 und 1990 bisher nur teilweise gerecht geworden, auch wenn inzwischen einige wegweisende Studien zu einzelnen Ländern, Institutionen und Politikfeldern vorliegen.¹⁴ Man könnte – eine Formulierung von Werner K. Blessing aufgreifend – zuspitzen, die historische Forschung sei mit „Länderblindheit“ geschlagen.¹⁵ Fast scheint es so, als seien die Länder als letzte Reste deutscher Staatlichkeit der natürliche Anknüpfungspunkt für eine traditionell auf den Staat ausgerichtete Geschichtswissenschaft gewesen und als hätten sie diese Funktion praktisch sofort verloren, sobald der gewohnte Orientierungsrahmen wieder greifbar war. Damit wurden die Länder, ja das föderative System und seine Mechanismen insgesamt, zu einem zweitrangigen Forschungsobjekt degradiert und in die Sphäre der oft als angestaubt und provinziell belächelten Landesgeschichte verwiesen. Für die an Politikgeschichte interessierten Zeithistoriker waren die Länder offensichtlich nicht attraktiv genug, für die Sozial- und Wirtschaftshistoriker waren sie als Untersuchungsraum zu begrenzt, für die Vertreter der Alltags- und Mikrohistorie dagegen zu groß, und auch die Vertreter neuer Ansätze aus dem Bereich der Ideen- und Kulturgeschichte haben um die Länder bisher einen mehr oder weniger

¹⁰ Hartmut Palmer: Die Anfänge der Bundesrepublik: „Im Anfang war Adenauer“, in: Spiegel-Special 1/2006: Die 50er Jahre. Vom Trümmerland zum Wirtschaftswunder, S. 74–80, hier S. 77.

¹¹ Ernst-Hasso Ritter: Zur Entwicklung der Landespolitik, in: Thomas Ellwein/Everhard Holtmann (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen, Entwicklungen, Perspektiven, Opladen 1999, S. 343–362, hier S. 343.

¹² Vgl. Peter Graf Kielmannsegg: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 84f.; zur weiteren Entwicklung vgl. ebd., S. 311–315.

¹³ Gerhard A. Ritter: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998, S. 51.

¹⁴ Vgl. Adolf M. Birke/Udo Wengst: Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien 1945–1998, 2., ergänzte und aktualisierte Aufl., München 2010, S. 78f., 86, 122f.; das generell geringe Interesse zeigen die Forschungsberichte von Udo Wengst: Deutschland seit 1945. Teil VI, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 58 (2007), S. 446–468, und Axel Schildt: Deutschland seit 1945. Teil II, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 62 (2011), S. 735–759.

¹⁵ Werner K. Blessing: Politischer Anspruch und wirtschaftlicher Aufstieg. Zu Bayerns Stellung in Europa seit den 1950er Jahren, in: Wolf D. Gruner/Paul Hoser (Hrsg.): Wissenschaft, Bildung, Politik. Von Bayern nach Europa. Festschrift für Ludwig Hammermayer zum 80. Geburtstag, Hamburg 2008, S. 479–494, hier S. 485.

großen Bogen gemacht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Das Sachregister von Edgar Wolfrums 2005 erschienener Gesamtdarstellung über die Geschichte der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1990 verzeichnet unter dem Schlagwort Föderalismus bei mehr als 650 Seiten gerade einmal sechs Einträge.¹⁶ Intensiver hat sich die Politische Wissenschaft mit diesem Themenfeld auseinandergesetzt, wobei gesagt werden muss, dass vor allem neueren Publikationen häufig die historische Dimension fehlt.¹⁷

Mit ihrem Desinteresse am föderativen System der Bundesrepublik verfehlt die Geschichtswissenschaft jedoch nicht nur einen Teil der politischen Realität; auch die Lebenswirklichkeit der Menschen, die nicht zuletzt von den Ländern und den Strukturprinzipien des westdeutschen Föderalismus bestimmt wurde, bleibt blass. Schließlich kommt bis heute „für den Alltag der Menschen in Deutschland [...] der Politik der Länder eine zentrale Rolle zu“.¹⁸ Denn auch wenn der Spielraum für eine eigenständige Politik von Anfang an begrenzt war und durch die Entwicklung zum „unitarischen Bundesstaat“¹⁹ schon in den 1950er und 1960er Jahren weiter zurückging, konnten die Länder durchaus etwas bewegen. „Landespolitik mit eigenem Profil“²⁰ war also möglich, wobei zu bemerken ist, dass die Wissenschaft „die regional sehr unterschiedlichen Politikstile als Sonderfall regionaler Verhaltensstile“ bisher ziemlich stiefmütterlich behandelt hat.²¹

Ohne diese Aspekte hier vertiefen zu können, sei festgestellt, dass es zweifellos einen Unterschied machte, ob ein Land über längere Zeit hinweg von der SPD oder von der Union regiert wurde. Allerdings waren diese Unterschiede nicht so groß, wie Wahlkämpfer und Parteiprogramme glauben machen wollten. Sonderwege „im Sinne einer radikalen Abweichung von Durchschnittswerten oder anerkannten Normgrößen“ hätte der auf Konsens, Ausgleich und Einheitlichkeit ausgerichtete „Verbundföderalismus“ auch kaum zugelassen.²² Für systemimmanenten Pluralismus, für Neuerungen und Experimente, die sich im Rahmen der letztlich vom Grundgesetz bestimmten Grenzen hielten, war er dagegen durchaus offen. Manfred G. Schmidt hat die föderative Ordnung der Bundesrepublik treffend mit einem Eisenbahnnetz verglichen, auf dem sich die Züge – also die Länderregierungen und die sie tragenden Parlamentsmehrheiten – durch die Anzahl der Wagons, die Farbe oder das Personal unterscheiden und auch in der Lage sind, Bestimmungsort, Haltestellen und Geschwindigkeit selbst zu wählen, wobei sie jedoch stets an das Streckennetz gebunden bleiben.²³

¹⁶ Vgl. Edgar Wolfrum: Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1990, Stuttgart 2005, S. 613.

¹⁷ Vgl. z. B. Klaus Detterbeck/Wolfgang Rensch/Stefan Schieren (Hrsg.): Föderalismus in Deutschland, München 2010, oder – auf Bayern bezogen – Manuela Glaab/Michael Weigl (Hrsg.): Politik und Regieren in Bayern, Wiesbaden 2013; dieses Buch rezipiert die Ergebnisse der Landes-Zeitgeschichte kaum. Historisch zufriedenstellend abgestützt sind dagegen die Beiträge in Jürgen Zimmermann (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer, 3., erw. und aktualisierte Aufl., Bonn 1997.

¹⁸ Hans-Georg Wehling: Landespolitik und Länderpolitik im föderalistischen System Deutschlands – zur Einführung, in: Herbert Schneider/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Landespolitik in Deutschland. Grundlagen, Strukturen, Arbeitsfelder, Wiesbaden 2006, S. 7–21, hier S. 7.

¹⁹ Nach Konrad Hesse: Der unitarische Bundesstaat, Karlsruhe 1962.

²⁰ Kielmannsegg: Nach der Katastrophe, S. 314.

²¹ Hans-Georg Wehling: Landespolitik und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Schneider/Wehling (Hrsg.): Landespolitik in Deutschland, S. 87–107, hier S. 101.

²² Manfred G. Schmidt, Die Politik des mittleren Weges. Besonderheiten der Staatstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9–10/90, S. 23–31, hier S. 24.

²³ Vgl. Manfred G. Schmidt: CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern, Frankfurt a. M./New York 1980, S. 134.

Die Forschung hat sich bisher nicht allzu viel Mühe gegeben, die Fahrpläne und den Verkehr auf den Haupt- und Nebenstrecken des bundesdeutschen Föderalismus zu erkunden.²⁴ So wissen wir abgesehen von eher allgemeinen Befunden erstaunlich wenig über Formulierung, Inhalte und Umsetzung der Landespolitik in vergleichender Perspektive. Diese allgemeinen Befunde lauten: Sozialdemokratisch geführte Landesregierungen legten mehr Gewicht auf reformorientierte Bildungspolitik, expansive Sozialpolitik und aktive Beschäftigungspolitik, während sich die von der Union geführten intensiver um die Förderung von Wirtschaft und Landwirtschaft, um den Ausbau der Infrastruktur sowie um die innere Sicherheit kümmerten;²⁵ auch Selbstdarstellung zur politischen Integration war hier früher ein Thema.

3. Vom Nord-Süd- zum Süd-Nord-Gefälle

Das geringe Interesse an den Ländern und an der Politik der Landesregierungen ist umso erstaunlicher, als in den 1980er Jahren ein Begriff die Runde machte, der aktuelle Entwicklungen reflektierte und 150 Jahre sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Entwicklung einfach umzukehren schien. Aus dem Nord-Süd-Gefälle von Wohlstand, Wirtschaftskraft und politischem Einfluss schien ein Süd-Nord-Gefälle zu werden, wobei sich insbesondere Beobachter nördlich der Mainlinie verwundert die Augen rieben. Mit Blick auf die Emporkömmlinge Baden-Württemberg und Bayern schrieb beispielsweise das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in der ersten Ausgabe des Jahres 1985:

„Das Land vom Neckar bis zum Bodensee, einst eine Insel der Kargheit zwischen üppigen Kohle- und Kornrevieren, ist die Kernzone westdeutscher Wirtschaftsherrlichkeit geworden. Penetrant und eckig, sogar beim Remstaler Wein mit einem Schuß Schulmeisterei und mit pietistischer Moral, haben die Schwaben ihr Land nach vorne gebracht. Aus dem alten industriellen Nord-Süd-Gefälle ist das neue Süd-Nord-Gefälle geworden. Als Erfinder dieses Begriffs gibt sich [...] Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann zu erkennen. Denn die Bayern haben – mit Akquisitionstalent und geschlitzten Ohren – kräftig bei der Trendwende mitgeschoben. Sie brachten nicht so sehr die Wirtschafts- tradition ihres Landes als die Weite und Vielfalt ihrer Landschaft ein. Sie verkauften ihr Ambiente, wo die Schwaben ihre Talente verkauften. Körperlich spürbar zwischen Schwabmünchen und Ammersee weicht die Spätzle-Kargheit dem Weißwurst-Barock, das pingelige Fachwerk den ausladenden Dächern des Alpenvorlandes, unter denen sich mit der großen Mutter CSU alles findet und alles arrangiert.“

Und weiter:

„Die das gefingert haben – von den feinen Preußen und Hanseaten ständig unterschätzt – das waren die fleischigen Berg- und Biergesichter, heißen sie Strauß oder Goppel, Heubl oder Schörghuber, der Ochsensepp und selbst der Vogel-Jochen, als er noch in München war. Diese Postkartentypen haben Bayern zu dem befördert, was es heute ist: das Bundesland mit dem höchsten wirtschaftlichen Wachstum. Ein zweites Musterland. Ein Land natürlich – kein Ländle. Bayern und Baden-Württemberg sind damit auf lange Sicht die neuen Zentren des industriellen Wohl-

²⁴ Vgl. aber Christiane Kuller: Familienpolitik im föderativen Sozialstaat. Die Formierung eines Politikfeldes in der Bundesrepublik, München 2004, oder Anne Rohstock: Von der „Ordinarienuniversität“ zur „Revolutionszentrale“? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976, München 2010.

²⁵ Vgl. hierzu die Studien zu einzelnen „Arbeitsfeldern“, in: Schneider/Wehling (Hrsg.): Landespolitik in Deutschland, insbesondere die Beiträge von Gerd F. Hepp (Bildungspolitik als Länderpolitik, S. 240–279), Josef Schmid und Susanne Blancke (Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den Bundesländern, S. 295–315) und Rainer Prätorius (Sicherheitspolitik der Länder, S. 316–332).

stands der Deutschen geworden – und die Länder mit der höchsten Lebensqualität, mißt sie sich am Geschmack des ausgehenden 20. Jahrhunderts.“²⁶

Aus diesen Zeilen spricht vor allem zweierlei: zum einen die Überraschung über die ökonomische Entwicklung seit den frühen 1970er Jahren, die insbesondere in früheren Boom-Regionen West- und Norddeutschlands mit ihrer an Kohle, Stahl und Schiffbau orientierten altindustriellen Wirtschaftsstruktur zu Krisen und Massenarbeitslosigkeit geführt hatte,²⁷ und zum anderen die Überraschung über den Erfolg Baden-Württembergs und Bayerns – eines Erfolgs, dessen Wurzeln so mysteriös zu sein schienen, dass sich die Journalisten aus Hamburg nur durch einen Griff in die Mottenkiste der Stereotype zu helfen wussten: Im „Spiegel“ findet sich etwa die bemerkenswerte Alliteration, Bayern sei „eine schillernde Mischung aus Biedermeier, Bigotterie und Brachialgewalt“,²⁸ und für den „Stern“ war Bayern noch vor wenigen Jahren schlicht und einfach eine „Provokation“.²⁹

Die teils grotesken, teils feindseligen Zerrbilder, die sich die Journalisten der linksliberalen Medien in der altehrwürdigen Hansestadt Hamburg von Süddeutschland im Allgemeinen und Bayern im Besondern machten, wären eine eigene Untersuchung wert. Man kann sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, dass sich Beobachter und Kommentatoren angesichts einer Entwicklung verwundert die Augen reiben, die sie nur schwer erklären konnten und die all ihren Vorurteilen von den rückständigen, schwerfälligen, grobschlächtigen und dialektsprechenden Ureinwohnern des tiefen deutschen Südens Hohn sprachen. War dieser ebenso unerwartete wie anhaltende Erfolg der lange belächelten Emporkömmlinge auch verdient? Beruhte er nicht auf dem skandalösen Hang zur Korruption und anderen moralisch zweifelhaften Eigenschaften, die man insbesondere bei den hinterfotzigen Bayern zu erkennen glaubte?³⁰ Beschreiben oder besser: karikieren ließ sich damit – immer wieder Gift und Galle spuckend³¹ – einiges, treffend analysieren nur wenig, abgesehen davon, dass den Autoren dieser Artikel wichtige Fakten entgingen: die Krise der Textil- und Montanindustrie auch im Süden der Republik mit einschneidenden Folgen für bestimmte Regionen, die disproportionale Landesentwicklung,³² die Gewinner und Verlierer gleichermaßen hervorbrachte, und die Dynamik politischer Ent-

²⁶ Der Spiegel vom 31. 12. 1984: „Der große Treck nach Süden. Spiegel-Redakteur Werner Meyer-Larsen über das veränderte Wohlstandsgefälle der Bundesrepublik Deutschland“.

²⁷ Vgl. allgemein Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 223–288, sowie Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 898ff.; mit Blick auf das Ruhrgebiet vgl. Stefan Goch: Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet, Essen 2002.

²⁸ Der Spiegel vom 19. 9. 1988: „Aus den Bergen kommt die Rettung“.

²⁹ Stern vom 12. 9. 2013: „Bayern, eine Provokation“.

³⁰ Vgl. Der Spiegel vom 3. 10. 1994: „Große Welt im Rautengitter“; Stern vom 12. 9. 2013: „Bayern, eine Provokation“.

³¹ So verglich das Hamburger Lifestyle-Magazin „Max“ (zitiert nach Focus vom 28. 5. 2001: „Der Primus“) Bayern mit Texas: „Beide halten sich für Elite qua Herkunft und ignorieren bräsig die Welt jenseits von Almen und Prärie. Beide schaffen den Spagat zwischen Kuh und Computer, halten das Kirchlich-Konservative für das wahre Moderne, Rassismus für Folklore und gelten ihren Nachbarn als eifrige Kungelbrüder.“

³² Vgl. Karl Lauschke: Strategien ökonomischer Krisenbewältigung. Die Textilindustrie im Westmünsterland und in Oberfranken 1945 bis 1975, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.): Politik und Kultur, S. 195–279; Jaromír Balcar: Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972, München 2004.

scheidungen, die zwischen zupackendem Mut und bewahrendem Zögern oszillierte, aber letztlich die Gunst der Stunde nutzte.³³

Was aber machte Teile Süd- und Südwestdeutschlands für Investoren und Arbeitnehmer attraktiver als andere Landstriche der Bundesrepublik, oder anders gewendet: Was ließ „alte Industrieregionen alt“, verbraucht und perspektivlos erscheinen?³⁴ Der Geograph und Regionalforscher Bernhard Butzin benannte am Beispiel des Ruhrgebiets vier Faktoren, die wesentlich für den „Alterungsprozeß“ verantwortlich seien: die von den grundbesitzenden Montankonzernen verfügte „Bodensperre“, die neue Industrieansiedlungen zu einem schwierigen Unterfangen machte, die „Bildungssperre“ durch das Fehlen von Universitäten, Fachhochschulen und qualifizierten Arbeitsplätzen nicht zuletzt im tertiären Sektor, die „Innovationsblockade“ durch die einseitige, innovationsfeindliche Ausrichtung der mittelständischen Betriebe auf die montanindustrielle Monostruktur sowie die effiziente „Interessenkoalition“ zwischen Politik und Sozialpartnern, die weniger auf Innovationen als auf bestandserhaltende Subventionen setzte. „Die Folgen dieser hermetischen Abschottung des regionalen Wirtschaftssystems“ seien gravierend: „die Sklerotisierung der Branchen- und Infrastruktur“, verbunden mit einem „genetischen Entwicklungsschaden mit Langzeitwirkung“, der sogar dazu führe, dass die Bewohner ihr „Stück Heimatidylle aus einer prinzipiell kaum als identifikations- und liebenswürdig erachteten Region“ ausgrenzten.

Dieser Befund zeigt, dass neben harten Standortfaktoren wie Infrastruktur, Lohnniveau, Arbeitsmarkt, Branchenstruktur und Bildungssystem in den 1970er Jahren zunehmend auch weiche Standortfaktoren wie politisches Klima, landschaftliche Attraktivität, Freizeitwert, Lebensqualität und Identifikationspotenzial in den Vordergrund rückten.³⁵ Stadt- und Regionalsoziologen wie Detlev Ipsen begannen, nach dem „Verhältnis des ökonomischen“ Raums zum „kulturellen“ Raum zu fragen, und versuchten, die Relevanz von Raumbildern im Prozess des Auseinanderdriftens süd-, west- und norddeutscher Regionen zu bestimmen.³⁶ Sie verwiesen darauf, dass sich der „Raum [...] durch seine Entwicklung oder Nicht-Entwicklung ein kulturelles Bild“ schaffe; zugleich werde „ein bestimmter Entwicklungstypus durch das Bild auf den konkreten Raum projiziert“, sodass „Raumentwicklung und Raumbild [...] eine nur schwer zu lösende Beziehung“ eingingen. Raumbilder könnten positive Entwicklungen beschleunigen, anderswo aber „retardierend“ wirken; in diesen Fällen klebe das „Bild an dem Raum“ und signalisiere „eine Vernutzung“. Raumbilder – und dieser Hinweis ist wichtig – entstehen freilich nicht von selbst, und sie werden nicht auf dem Reißbrett entworfen. Sie sind ein Konstrukt, das auf der Interdependenz von realer „Raumbeschaffenheit“ und Imagination beruht, und sie sind „handlungsaktiv“,

³³ Vgl. Thomas Schlemmer: Zweierlei Zukunft. Betriebsschließungen in der Bundesrepublik als Chance und Bedrohung, in: Martin Löhnig/Mareike Preisner/Thomas Schlemmer (Hrsg.): Ordnung und Protest. Eine gesamtdeutsche Protestgeschichte von 1949 bis heute, Tübingen 2015, S. 175–192, und Thomas Schlemmer: Industriemoderne in der Provinz. Die Region Ingolstadt zwischen Neubeginn, Boom und Krise 1945 bis 1975, München 2009, S. 201–244.

³⁴ Vgl. hierzu und zum Folgenden Bernhard Butzin: Was macht alte Industrieregionen alt? – Das Beispiel Ruhrgebiet, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 67 (1993), S. 243–254, Zitate S. 244ff.

³⁵ Zur Bedeutung der weichen Standortfaktoren vgl. Manfred Sinz/Wendelin Strubelt: Zur Diskussion über das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle unter Berücksichtigung entwicklungsgeschichtlicher Aspekte, in: Jürgen Friedrichs/Hartmut Häußermann/Walter Siebel (Hrsg.): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Sozialwissenschaftliche Analysen, Opladen 1986, S. 12–50, hier S. 32f.

³⁶ Vgl. Detlev Ipsen: Raumbilder. Zum Verhältnis des ökonomischen und kulturellen Raumes, in: Informationen zur Raumentwicklung 1986/1–2, S. 921–931; die Zitate finden sich auf S. 922, 928.

das heißt „einem bestimmten Lebensstil, dem Muster räumlich bezogener Verhaltensweisen“, verhaftet.

Als halb materiell, halb soziale Gebilde lassen sich Raumbilder jedoch formen, und hier sind wir bei der Frage nach Agenten, Propagandisten, Vermarktern und Multiplikatoren angelangt. Man kann davon ausgehen, dass Landesregierungen als ressourcenreichen regionalpolitischen Akteuren eine zentrale Rolle dabei zukommt, wie die verschiedenen harten und weichen Standortfaktoren vermarktet wurden. Auf diesem Feld waren offenbar die Unionsgeführten Landesregierungen in den süddeutschen Bundesländern erheblich erfolgreicher als die SPD-geführten im Westen und Norden der Republik, nicht zu sprechen von „dem Gefühl, daß sich Landesregierungen und lokale Behörden im Süden aufgeschlossener gegenüber den Belangen der privaten Wirtschaft zeigen als im Norden“.³⁷ Eine Umfrage unter 300 Managern und Inhabern von Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ergab 1985 folgendes Bild: Während sich bei ökonomischen „Struktur- und Rahmenbedingungen [...] zum Zwecke von Industrieansiedlungen kaum ein bundesweites Süd-Nord-Gefälle“ feststellen ließ, gab es „überdeutliche“ Unterschiede bei der Beurteilung der „wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, und zwar je nach parteipolitischer Ausrichtung der jeweiligen Landesregierung“.³⁸ Danach waren Bundesländer mit einer strukturellen Mehrheit für CDU und CSU wie Baden-Württemberg und Bayern bei Standortentscheidungen für die Unternehmer erheblich attraktiver als Bundesländer, die von der SPD regiert wurden.

Wenn Detlev Ipsen recht hat, wurden diese Entscheidungen zugunsten von Standorten im Süden der Republik nicht zuletzt durch den Zeitgeist begünstigt, schien dort doch „die Lebenswelt [...] nicht im gleichen Maße durch Ökonomie und Staat kolonisiert, wie dies in den altindustriellen Regionen und Räumen“ der Fall war, die sich „sozialdemokratischer Modernisierungspolitik“ im Zeichen des Fordismus „unterworfen“ sahen.³⁹ Je stärker das Verlangen nach Ursprünglichkeit oder Natur wuchs und je mehr solche Begriffe mit Lebensqualität und Freiheit konnotiert waren, desto attraktiver wurden Regionen, in denen es noch keine durchgreifende oder nur eine gebremste Modernisierung gegeben hatte.⁴⁰ Ein Paradebeispiel dafür, dass es gerade die „Ungleichzeitigkeit moderner und protomoderner Elemente“ gewesen ist,⁴¹ die reizvoll wirkte und aus der sich Kapital schlagen ließ, ist Oberbayern mit München als urbanem Zentrum, der – zumindest teilweise inszenierten – Idylle des Alpenvorlands und dem teils belächelten, teils bewunderten Eigen-Sinn seiner Bewohner. Wo sich die seit den 1970er Jahren zunehmend krisenhafte Industriemoderne nur unvollständig entfaltet hatte, öffneten sich nun politisch-mentale Räume, „um hypermoderne Ökonomien durchsetzen zu können“.

³⁷ Eckart van Hooven: Der Norden braucht eine klare Perspektive, in: Rüdiger von Voss/Karl Friedrich (Hrsg.): Das Süd-Nord-Gefälle. Gemeinsame Strategien für neue Strukturen, Stuttgart 1986, S. 153–159, hier S. 156.

³⁸ Walter Tacke: Süd-Nord-Gefälle – oder eine neue Völkerwanderung in Sicht?, in: ebd., S. 11–21, hier S. 18.

³⁹ Ipsen: Raumbilder, S. 930.

⁴⁰ Vgl. Detlev Ipsen/Thomas Fuchs: Die Modernisierung des Raumes. Blockierung und Öffnung: Raumbilder als historische Bedingungen regionaler Entwicklung in Nordhessen und Oberbayern, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 6 (1991), H. 1, S. 13–33, hier S. 31ff.

⁴¹ Ipsen: Raumbilder, S. 930; das folgende Zitat findet sich bei Ipsen/Fuchs: Modernisierung des Raumes, S. 33.

Die politische Ikonographie, auf die die CSU seit den 1970er Jahren setzte, war gleichermaßen Ergebnis wie Triebfeder eines Prozesses, der zur Durchsetzung eines auf drei Säulen ruhenden Raumbilds führte: bayerisches Idyll, moderne Ökonomie und Infrastruktur, CSU. Pate für diese Strategie stand die Münchner Agentur für Kommunikation und *Public Relations* „Team 70“, die seit 1969 zunächst auf kommunaler Ebene für die CSU tätig war und dann bis in die 1990er Jahre die Wahlkampagnen und Werbemittel der Partei prägte.⁴² Die Bildsprache von „Team 70“ setzte auf eine Verschmelzung der Symbole von Freistaat und Partei, nutzte gezielt die Effekte bekannter Landschaften und inszenierte das harmonische Nebeneinander von Fortschritt und Tradition, wie ein klassisches Wahlplakat für die Landtagswahl im November 1970 zeigt: die futuristisch anmutenden Anlagen der Erdfunkstelle in Raisting am Ammersee inmitten der bäuerlichen Kulturlandschaft Oberbayerns samt Wallfahrtskirche und den Alpen im Hintergrund.⁴³ Diese „Bayern-Linie“, die sich in den 1970er Jahren im Zusammenspiel von Werbefachleuten und Parteimanagement rasch durchsetzte, wirkte in der CSU mit ihren altbayerischen, schwäbischen und fränkischen Traditions-kernen identitätsstiftend und half, historisch-kulturelle oder konfessionelle Gegensätze zu überwinden.⁴⁴

Ob „Team 70“ das „Image der CSU zu einem modisch-bayerischen Markenartikel“ entpolitisiert hat, wie der Spiegel 1986 mutmaßte, sei dahingestellt.⁴⁵ Dagegen spricht zumindest die Tatsache, dass bestimmte Bayern-Bilder zunehmend *politisiert* wurden, die man kaum mehr ohne Assoziationen zur CSU betrachten konnte. Der Erfolg dieser Strategie, den auch kritische Beobachter widerstrebend anerkennen mussten, ließ nicht lange auf sich warten.⁴⁶ So wurden auch andere Auftraggeber auf „Team 70“ aufmerksam, darunter die CDU in Baden-Württemberg, die die Münchner Agentur mit dem Ziel engagierte, nach bayerischem Muster bei Wahlkämpfen „gezielt die Identifikationen zwischen Land und Partei“ zu fördern.⁴⁷ Viele der zu politischen Zwecken eingesetzten Inszenierungen von Bayern und Baden-Württemberg stammen also aus derselben Werkstatt.

4. Konvergenzen und Divergenzen im Süden der Republik

Was nun die Entwicklung Bayerns und Baden-Württembergs angeht, so sei diese anhand einiger sozioökonomischer Basisdaten skizziert, um ein besseres Bild des Strukturwandels zu gewinnen, der politischen Auseinandersetzungen, öffentlichen Diskursen und der dabei verwendeten Bildersprache zugrunde lag. Beginnen wir mit Bayern, um anschließend

⁴² Vgl. Renate Höpfinger: Agentur „Team 70“, in: Historisches Lexikon Bayerns; www.historischeslexikon-bayerns.de/artikel/artikel_46377 (letzter Zugriff: 4. 11. 2015).

⁴³ Vgl. Hans Zehetmair/Peter Witterauf: CSU plakativ. 60 Jahre gestaltete Politik, München 2005, S. 21.

⁴⁴ Vgl. Thomas Helmensdorfer: Ein Wahlkampf ist kein „beauty contest“ – Politische Werbung von Team '70, in: Renate Höpfinger/Henning Rader/Rudolf Scheutle (Hrsg.): Franz Josef Strauß – Die Macht der Bilder, München 2015, S. 33–42, zur „Bayern-Linie“ vgl. S. 34f. Thomas Helmensdorfer fungierte bis 1997 als Geschäftsführer der Werbeagentur „Team 70“.

⁴⁵ Der Spiegel vom 29. 9. 1986: „Pate im Wurzelgeflecht“.

⁴⁶ Vgl. Herbert Riehl-Heise: CSU. Die Partei, die das schöne Bayern erfunden hat, München 1979, S. 72–76.

⁴⁷ Fred Sepaintner: Baden-Württemberg 1960 bis 1992, in: Hans-Martin Schwarzmaier u. a. (Hrsg.): Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 4: Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003, S. 591–895, hier S. 646.

kurz Baden-Württemberg gleichsam als Kontrastfolie daneben zu legen und dann nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten zu fragen.

1939 lebten in Bayern rechts des Rheins fast 7,2 Millionen Menschen, 1950 zählte man zwei Millionen mehr; die meisten „Neubürger“ waren Flüchtlinge aus den Ostgebieten des untergegangenen Deutschen Reichs oder Heimatvertriebene aus alten deutschen Siedlungsschwerpunkten in Ostmittel- und Südosteuropa. Bis Anfang der 1970er Jahre nahm die Bevölkerung Bayerns langsam, aber kontinuierlich zu – von 9,5 Millionen 1961 auf 10,8 Millionen Einwohner 1974 –, wobei die Entwicklung viel bewegter war, als die bloßen Zahlen vermuten lassen: Bayern war nämlich zunächst ein Auswanderungsland, dem Jahr für Jahr Tausende und Abertausende den Rücken kehrten. Dieser Trend schlug erst Ende der 1950er Jahre um, als der Freistaat für Zuwanderer aus anderen Teilen der Republik zunehmend attraktiver wurde und als schließlich auch zahlreiche Arbeitsmigranten zunächst aus Italien, Jugoslawien und Griechenland, dann aus der Türkei nach Bayern kamen.⁴⁸

Die große Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften war eine direkte Folge des forcierten ökonomischen Strukturwandels, der in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre seine volle Dynamik zu entfalten begann. 1950 hatten noch 30,6 Prozent aller Erwerbspersonen ihr Auskommen in der Land- und Forstwirtschaft gefunden, 1961 waren es 21,6 Prozent, 1974 aber nur noch 12,3 Prozent. Dagegen wuchs der Anteil der Erwerbspersonen in Industrie und Handwerk von 36,3 Prozent 1950 auf 44,5 Prozent 1961 und 47,4 Prozent 1970; im Zuge der mit dem Ölpreisschock verbundenen Wirtschaftskrise sank diese Quote dann bis 1974 auf 46,2 Prozent. Auch der Sektor Handel, Verkehr und Dienstleistungen hatte beachtliche Zuwachsraten zu verzeichnen. Der Anteil der Erwerbspersonen, die hier beschäftigt waren, hatte 1950 nur 28,7 Prozent betragen; 1961 errechneten die Statistiker für diesen Sektor bereits einen Anteil von 33,5 Prozent und 1974 von 41,5 Prozent. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass man es nicht mit der „Aufeinanderfolge zweier Aufholprozesse“ zu tun hat; vielmehr vollzog sich in Bayern „sozusagen kumulativ eine Angleichung der Wirtschaftsstruktur an den Bundesdurchschnitt“. Bayern entwickelte sich, mit anderen Worten, gleichzeitig von einem Agrarland zu einer Industrie- und Dienstleistungsregion, wobei die Tatsache, dass die ökonomische Struktur Bayerns schon früh „ein starkes ‚tertiäres‘ Gepräge“ aufwies, ebenso bemerkenswert ist wie die auffällige „Tertiarisierung“ des Industriesektors.⁴⁹

Dies sind nicht die einzigen Besonderheiten der „Spät- und Vollindustrialisierung“ Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg.⁵⁰ Zu nennen wären außerdem die Schwäche von Branchen wie Kohle, Eisen und Stahl, die sich zunächst als schweres Handicap, dann aber als Entwicklungschance erwies, die Vorreiterrolle von Wachstumsbranchen wie Elektroindus-

⁴⁸ Vgl. Thomas Schlemmer/Hans Woller: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002, S. 1–23, hier S. 3–5; die folgenden Angaben finden sich ebd. Datengrundlage sind insbesondere die Erhebungen des Bayerischen Statistischen Landesamts, vor allem die Statistischen Jahrbücher für Bayern zwischen 1952 und 1975. Allgemein vgl. Dirk Götschmann: Wirtschaftsgeschichte Bayerns. 19. und 20. Jahrhundert, Regensburg 2010.

⁴⁹ Paul Erker: Industriewirtschaft und regionaler Wandel. Überlegungen zu einer Wirtschaftsgeschichte Bayerns 1945–1995, in: Maximilian Lanzinner/Michael Henker (Hrsg.): Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945, Augsburg 1997, S. 41–51, hier S. 45; die vorstehenden Zitate finden sich ebd. Zum Gesamtzusammenhang vgl. Gerold Ambrosius: Agrarstaat oder Industriestaat – Industriegesellschaft oder Dienstleistungsgesellschaft? Zum sektoralen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 50–69.

⁵⁰ Alf Mintzel: Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 49.

trie, Flugzeug-, Fahrzeug- und Maschinenbau oder Petrochemie sowie das vergleichsweise krisenfeste Nebeneinander von groß-, mittel- und kleinbetrieblichen Strukturen. Dennoch bleibt mit Paul Erker festzuhalten, „dass dieser etwas andere Weg der Industrialisierung, der in Bayern sich geradezu als Paradebeispiel einer Industrialisierung präsentierte, die verspätet und nicht durch die schwerindustriellen Grundstoffindustrien, sondern durch die ‚neuen‘, forschungs- und technologieintensiven Investitionsgüterindustrien geprägt war“, kein Sonderweg gewesen ist, sondern als regionale Ausprägung säkularer Veränderungsprozesse verstanden werden muss.⁵¹

Verglichen mit den Krisen und Erschütterungen, die die Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgelöst hatte,⁵² verlief der sozioökonomische Strukturwandel nach 1945 trotz seiner weitreichenden Konsequenzen ohne gravierende gesellschaftliche Konflikte.⁵³ Die sozialen Kosten dieses Strukturwandels blieben nicht zuletzt deshalb relativ gering, weil er sich vor dem Hintergrund eines außergewöhnlichen ökonomischen Booms vollzog, der breiten Bevölkerungsschichten in ganz Westeuropa in relativ kurzer Zeit ungeahnte Lebenschancen eröffnete und zugleich politische Handlungs- und Verteilungsspielräume schuf, die seit den 1950er Jahren unter anderem dazu genutzt wurden, um das Netz sozialer Sicherung immer enger zu knüpfen oder „ventionsgesteuerte Befriedungs- und Harmonisierungsstrategien“ zu finanzieren. Die verspätete Industrialisierung Bayerns zog damit weder die verspätete Bildung eines Industrieproletariats noch die „politisch-kulturelle und soziale Entwurzelung“ besonders betroffener Bevölkerungsschichten nach sich.⁵⁴

Gleichwohl hatte der Strukturwandel tiefgreifende Folgen. Am stärksten traf er die Landwirtschaft. Hatten die Statistiker 1949 in Bayern rund 392 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit einer Nutzfläche von mehr als zwei Hektar gezählt, so waren es 1960 353 600, 1971 291 600 und 1975 nur noch 269 300. Bereits in den 1950er Jahren war die Zahl der Bauernhöfe im Freistaat um 9,8 Prozent zurückgegangen. Zwischen 1960 und 1971 erreichte der Strukturwandel aber eine ungeahnte Dynamik, als die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe um 17,5 Prozent schrumpfte. In den folgenden Jahren schwächte sich das Tempo dieses Prozesses nur leicht ab; bis 1975 wurden aber noch einmal 7,6 Prozent der bayerischen Bauernhöfe aufgegeben. Dabei konnten die bayerischen Bauern noch nicht einmal das Argument ins Feld führen, sie hätte es besonders hart getroffen. Im Bundesdurchschnitt ging die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit einer Nutzfläche von mehr als zwei Hektar nämlich wesentlich schneller zurück: zwischen 1949 und 1960 um 13,9 Prozent und zwischen 1960 und 1971 um 24 Prozent.⁵⁵

⁵¹ Vgl. Paul Erker: Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900–1970, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17 (1991), S. 480–511, hier S. 511; das vorstehende Zitat findet sich bei Erker: *Industriewirtschaft*, in: Lanzinner/Henker (Hrsg.): *Landesgeschichte und Zeitgeschichte*, S. 41.

⁵² Zur plurizentrischen und polymorphen Industrialisierung in Deutschland vgl. Hubert Kiesewetter: *Industrielle Revolution in Deutschland: Regionen als Wachstumsmotoren*, Stuttgart 2004.

⁵³ Vgl. hierzu und zum Folgenden Schlemmer/Woller: *Einleitung*, in: dies. (Hrsg.): *Gesellschaft im Wandel*, S. 6–8.

⁵⁴ Alf Mintzel: *Die Christlich-Soziale Union in Bayern*, in: ders./Heinrich Oberreuter (Hrsg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1990, S. 199–236, hier S. 204.

⁵⁵ Vgl. Andreas Eichmüller: *Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung in Bayern. Ökonomischer und sozialer Wandel 1948–1970. Eine vergleichende Untersuchung der Landkreise Erding, Kötzing und Obernburg*, München 1997, S. 108–110, und *Statistisches Jahrbuch für Bayern* 32 (1978), S. 131.

Bayern hatte vieles gemeinsam mit Baden-Württemberg, seinem Nachbarn im Westen: Dazu gehört das Bevölkerungswachstum – im Südweststaat war ein Bevölkerungszuwachs von 6,5 Millionen Menschen im Jahr 1950 auf 8,9 Millionen im Jahr 1970 zu verzeichnen;⁵⁶ dazu gehört die kleinräumige Siedlungsstruktur mit wenigen urbanen Ballungszonen und ausgedehnten ländlich geprägten Räumen; dazu gehört die historisch bedingte innere Heterogenität beider Länder, die man zwar heute von außen kaum mehr wahrnimmt, die aber aufgrund unterschiedlicher kultureller Traditionen und sozioökonomischer Gegebenheiten lange Zeit von erheblicher politischer Bedeutung war und die sich noch immer nicht vollständig abgeschliffen hat;⁵⁷ dazu gehört der Agrarstrukturwandel, der den Beschäftigtenanteil im primären Sektor von 23 Prozent 1950 auf 7,5 Prozent im Jahr 1970 schrumpfen ließ, ohne dass Teile des Landes freilich ihre landwirtschaftliche Grundierung völlig verloren hätten. Und dazu gehört das ausgesprochen hohe Gewicht der verarbeitenden Industrie, die in Baden-Württemberg 1970 einen Anteil von 48,5 Prozent an allen Beschäftigten aufwies; in Bayern lag der Anteil an Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe im selben Jahr nur unwesentlich niedriger. Von der vielzitierten „postindustriellen Modernität“⁵⁸ war bis in die 1980er Jahre weder in Bayern noch in Baden-Württemberg viel zu spüren.

Hier beginnen jedoch auch die Unterschiede. Insbesondere Teile Württembergs hatten früher Anschluss an die Industrialisierung gefunden als weite Teile Süd- und Nordbayerns außerhalb von Industrieinseln wie Nürnberg, München und Augsburg, das mit seiner Textil- und Maschinenbauindustrie zu den Keimzellen der Moderne in Bayern gehörte, oder den Gemeinden des oberbayerischen Pechkohlereviere.⁵⁹ Das Entwicklungsgefälle zwischen Bayern und Baden-Württemberg war noch Ende der 1950er Jahre unübersehbar, als die bayerische Staatsregierung ihre Anstrengungen zur Erschließung des Landes verstärkte. Dabei nahmen sich die federführenden Wirtschafts- und Strukturpolitiker zweifellos die vergleichsweise krisenfeste Ökonomie des erfolgreichen Nachbarn im Westen zum Vorbild und verspürten „Keine Sehnsucht nach der Ruhr“.⁶⁰ So heißt es in einer offiziellen Broschüre aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium:

„Wird man auch in Bayern eine landwirtschaftlich-gewerbliche Mischstruktur, die für weite Teile Baden-Württembergs so charakteristisch ist, herbeiführen können? Oder besteht die Gefahr einer Zusammenballung von Betrieben an einigen wenigen Orten, die den Charakter von Industrie-

⁵⁶ Diese und die folgenden Zahlen nach Herbert Schneider: Baden-Württemberg, in: Zimmermann (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer, S. 50–83, hier S. 53–55. Zur sozioökonomischen Entwicklung vgl. Willi A. Boelcke: Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800–1989. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 1989, S. 402–492, sowie – unter besonderer Berücksichtigung des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts – Hilde Cost/Margot Körber-Weik (Hrsg.): Die Wirtschaft von Baden-Württemberg im Umbruch, Stuttgart 2002.

⁵⁷ Vgl. Alf Mintzel: Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern, und Gerd Mielke: Alter und neuer Regionalismus: Sozialstruktur, politische Traditionen und Parteiensystem in Baden-Württemberg, beide Beiträge in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.): Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 125–180, 299–313.

⁵⁸ Axel Schildt: Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders./Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 21–53, hier S. 23.

⁵⁹ Vgl. Klaus Megerle: Württemberg im Industrialisierungsprozess Deutschlands. Ein Beitrag zur regionalen Differenzierung der Industrialisierung, Stuttgart 1982; Karl Bosl: Die „geminderte“ Industrialisierung in Bayern, in: Claus Grimm (Hrsg.): Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 1: Linien der Entwicklungsgeschichte, München 1985, S. 22–39.

⁶⁰ Hermann Böbenecker: Bayern, Bosse und Bilanzen. Hinter den Kulissen der weiß-blauen Wirtschaft, München u. a. 1972, S. 303.

städten annehmen werden? Werden womöglich altervertraute Städtebilder der Industrialisierung zum Opfer fallen oder werden gar unsere bevorzugten Erholungs- und Fremdenverkehrsorte durch lärmende und rauchende Betriebe schweren Schaden erleiden?⁶¹

Eine zweite Differenz ist politischer Natur. Mit der CSU entstand 1945 in Bayern eine eigenständige Regionalpartei, während die christdemokratischen Landesverbände in Südwestdeutschland 1950 in der CDU aufgingen. Damit unterschieden sich aber auch die Gestaltungsansprüche und die Handlungsoptionen der Unionspolitiker in Bayern und Baden-Württemberg grundlegend voneinander. Die CSU beschränkte sich zwar bei Wahlen und Mitgliederwerbung auf Bayern, doch ihre Ambitionen reichten weit darüber hinaus und zielten – vor allem wenn es um Fragen des Föderalismus ging – auf den Bund und sogar auf die europäischen Institutionen.⁶² Die südwestdeutschen Christdemokraten konnten dagegen zu keiner Zeit so eigenständig und hemdsärmelig-eigensüchtig agieren wie ihre christsozialen Kollegen, die zudem versiert darin waren, die Rollen zwischen Landes- und Bundespolitikern nach dem alten Motto zu verteilen: „Getrennt marschieren, vereint schlagen!“ Wie die CSU in Bayern pochte auch die CDU in Baden-Württemberg spätestens seit den 1970er Jahren darauf, *die* „Partei des Landes zu sein, dessen Gestaltung sie als ihr Verdienst reklamierte“.⁶³ Der Anspruch, die Interessen Baden-Württembergs auch im Bund durchzusetzen, kollidierte jedoch mit der Tatsache, dass die südwestdeutsche CDU eben doch nur Teil einer Bundespartei war und sich im Zweifelsfall dem Zwang zum Kompromiss beugen musste.

Baden-Württemberg galt zumindest bis zum Wahlsieg von Grün-Rot im März 2011 wie Bayern als Stammland der Union⁶⁴ mit einer chronisch schwachen Sozialdemokratie, doch bei genauerem Hinsehen fällt ein wichtiger Unterschied auf: In beiden Ländern stellten zwar seit 1945 beziehungsweise seit 1952 zumeist CDU und CSU die Ministerpräsidenten, doch die politischen Kräfteverhältnisse und die Koalitionen glichen sich nur zum Teil. Der politische Liberalismus war im Südwesten der Bundesrepublik immer stärker als im Süden, die CDU in Baden-Württemberg konnte das politische System des Landes nicht so hegemonialisieren, wie es der CSU in Bayern gelang, und die SPD konnte sich in Stuttgart – mit Unterbrechungen – immerhin bis 1972 als Koalitionspartnerin in der Regierung halten,⁶⁵ während sie in Bayern seit 1957 ununterbrochen in der Opposition ist und die CSU zwischen 1966 und 2008 alleine regieren konnte.⁶⁶

⁶¹ Wolfgang Helwig: Bayern ruft Industrie, in: Raumordnung – Landesplanung. Landesplanung in Bayern, München/Passau o.J. (1958), S. 10–13, hier S. 10. Zum Gesamtzusammenhang vgl. Thomas Schlemmer/Stefan Grüner/Jaromír Balcar: „Entwicklungshilfe im eigenen Lande“. Landesplanung in Bayern nach 1945, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u. a. 2003, S. 379–450.

⁶² Auf diesen weitreichenden Gestaltungsanspruch verwies zu Recht Blessing: Politischer Anspruch und wirtschaftlicher Aufstieg, in: Gruner/Hoser (Hrsg.): Wissenschaft, Bildung, Politik, S. 482–487.

⁶³ Sepaintner: Baden-Württemberg 1960 bis 1992, in: Schwarzmaier u. a. (Hrsg.): Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 4, S. 646.

⁶⁴ Vgl. hierzu eine der wenigen vergleichenden Arbeiten: Werner Burger: Die CDU in Baden-Württemberg und die CSU in Bayern. Eine vergleichende Analyse, Freiburg i. Br. 1984.

⁶⁵ Auf diesen Unterschied verwiesen auch Marcus Obrecht/Tobias Haas: Der Landtag von Baden-Württemberg, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hrsg.): Landesparlamentarismus. Geschichte, Struktur, Funktionen, 2., durchgesehene und aktualisierte Aufl., Wiesbaden 2012, S. 67–104, hier S. 71–74.

⁶⁶ Vgl. dazu ausführlich Alf Mintzel: Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer, Passau 1999.

Diese Konstellation hatte erhebliche Auswirkungen auf die Landespolitik. In Bayern tat sich die CSU vor allem zwischen 1957 und 1966 schwer mit Reformen, die auf eine Modernisierung des Landes zielten.⁶⁷ Vor allem die im konservativen Katholizismus und im bäuerlichen Milieu verhafteten Kräfte konnten sich kaum oder nur langsam mit einer Politik zugunsten der modernen Industriegesellschaft anfreunden. In Baden-Württemberg musste die CDU zwischen 1953 und 1972 mit den Liberalen und/oder der SPD regieren, die schon früh Begriffe wie Reform und Fortschritt für sich entdeckt hatten. Baden-Württemberg nahm denn auch ehrgeizige Projekte wie den Umbau des Schulwesens oder den Ausbau der Hochschulen früher und energischer in Angriff als Bayern.⁶⁸ Als sich jedoch der Parteiflügel um Franz Josef Strauß in der CSU endgültig durchgesetzt hatte, definierte die Partei auch ihr Verhältnis zu Reform und Fortschritt neu. So erklärte der Landesvorsitzende im Juli 1968:

„Wir sind, wenn auch mit beiden Füßen auf dem Boden unserer Geschichte, unserer Landschaft und unserer Tradition stehend, alles andere als Gegner von Reformen. Wir kleben nicht an überlebten Strukturen, wir haften nicht an überkommenen Dingen, die ihren Wert verloren haben, weil die Zeit längst fortgeschritten ist.“⁶⁹

Einige Monate später spitzte Strauß diese Position in der Debatte um das neue Grundgesetzprogramm seiner Partei noch einmal zu: „Konservativ sein, heißt an der Spitze des Fortschritts zu marschieren; konservativ heißt, ständig Neues zu schaffen, was der Konservierung wert ist.“⁷⁰ Gestützt auf einen Modernisierungskonsens, der den Gegensatz von Tradition und Fortschritt aufzuheben versuchte, und gestützt auf sichere absolute Mehrheiten konnte die CSU ihre Variante einer angebotsorientierten Strukturpolitik nun umso stringenter verwirklichen.

In diesem Zusammenhang ist noch ein letzter Punkt von Bedeutung: Die in Baden-Württemberg tiefer als in Bayern verankerte bürgerlich-liberale Tradition führte – verbunden mit einer differenzierteren Hochschullandschaft⁷¹ – früher als in Bayern zur Entstehung einer politisch-gesellschaftlichen Strömung, die den klassischen Fortschrittsbegriff kritisch hinterfragte und Widerstand gegen als gefährlich erachtete Großprojekte organisierte. Die erfolgreichen Proteste gegen das Kernkraftwerk Wyhl Mitte der 1970er Jahre sind ein Beleg dafür.⁷² In Bayern waren vergleichbare Großprojekte noch bis Mitte der 1980er Jahre durchsetzbar; hier wirkte das Fortschrittsparadigma der Wirtschafts-

⁶⁷ Vgl. dazu den Überblick von Thomas Schlemmer: Zwischen Tradition und Traditionsbildung. Die CSU auf dem Weg zur Hegemonialpartei 1945 bis 1976, in: Mitteilungshefte des Instituts für Soziale Bewegungen 24 (2000), S. 159–180.

⁶⁸ Vgl. Wilfried Rudloff: Bildungsboom und „Bildungsgefälle“. Räumliche Disparitäten, regionale Bildungsplanung und Bildungsexpansion in der alten Bundesrepublik, in: Westfälische Forschungen 60 (2010), S. 335–371.

⁶⁹ IFZ-Archiv, ED 720/24, Rede von Franz Josef Strauß vor der CSU-Landesversammlung am 12. 7. 1968.

⁷⁰ Münchner Merkur vom 16. 12. 1968: „Souverän stand Strauß vor seinem Auditorium“. Zu den Vorstellungen der Zukunftsgestaltung in den Unionsparteien vgl. Martina Steber: A Better Tomorrow. Making Sense of Time in the Conservative Party and the CDU/CSU in the 1960s and 1970s, in: Journal of Modern European History (JMEH) 13 (2015), S. 317–336, hier S. 328–335.

⁷¹ Vgl. die Momentaufnahme von Rudolf Walter Leonhardt: Auf in den Kampf! Hochschulen in Baden-Württemberg, in: Die Zeit vom 16. 2. 1973, S. 15f.

⁷² Vgl. Jens Ivo Engels: Geschichte und Heimat. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl, in: Kerstin Kretschmer (Hrsg.): Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation: Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfedern regionaler Entwicklung, Freiberg 2003, S. 103–130.

wunderjahre offenbar länger nach. Dazu passt auch ein Befund von Jürgen Falter, der auf der Basis demoskopischen Materials Indizien dafür gefunden hat, dass die in Bayern anzutreffenden politischen Grundeinstellungen Anfang der 1980er Jahre insgesamt deutlich konservativer gewesen sind als im Rest der Republik, und zwar weitgehend unabhängig von der Sozialstruktur.⁷³ Die Befürworter materieller Werte seien in Bayern zahlreicher gewesen als im Bund, in Bayern hätten die Befragten eher für einen starken Staat plädiert und die ideale Partei im politischen Koordinatensystem weiter rechts verortet als die Befragten aus anderen Bundesländern.

5. Fortschritt in Bayern und Baden-Württemberg

An diesem Punkt ist die Frage nach dem Fortschrittsparadigma und den Entwicklungszielen aufgeworfen, die die von den Unionsparteien gestellten oder zumindest dominierten Landesregierungen in Stuttgart und München ihrer Strukturpolitik zugrunde legten. Aufschluss darüber gibt etwa der Beitrag, den kein Geringerer als der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel für ein Buch mit dem spektakulären Titel „Bayern auf dem Weg in das Jahr 2000“ verfasste, das 1971 in der Reihe „Zukunftsperspektiven der deutschen Bundesländer“ erschien. Unter der bezeichnenden Überschrift „Ein Land plant seine Zukunft“ schrieb der CSU-Politiker, bei der gegenwärtigen Geschwindigkeit der Veränderungen auf allen Ebenen des menschlichen Lebens sei „Neues schon alt, bevor es richtig zur Kenntnis genommen werden“ könne. Der Staat trete immer weniger als „Hoheits- und Herrschaftsträger“, aber dafür zunehmend als „Leistungsträger und Verteilungsverantwortlicher“ in Erscheinung und werde in einer immer komplexeren Welt mit einer Fülle von Anforderungen konfrontiert. Daher genüge reaktives Handeln nicht mehr.⁷⁴ Weiter bemerkte Goppel:

„Die Zeit, in der sich die Politik einer Regierung auf fachlich begrenzte Maßnahmen und kurzfristige Zeiträume einstellen konnte, gehört der Vergangenheit an. Die Komplexität aller Lebensvorgänge fordert ständige Beobachtung, genaue Analyse, Beratung und organisierte Vorausschau als Schlüsselaufgaben moderner Politik. Auf wissenschaftlichem, technischem und wirtschaftlichem Gebiet müssen die Zusammenhänge erfaßt, muß langfristig und großräumig vorausgedacht werden. Der moderne Staat der Daseinsvorsorge kann Gegenwart und Zukunft seiner Bürger nur sichern, wenn er sich vorausschauend und ordnend in den Entwicklungs- und Umstrukturierungsprozeß einschaltet. Systematische und rationale Vorbereitung von Entscheidungen über politische Ziele und der darauf ausgerichteten Programme und Maßnahmen auf einer möglichst breiten Informationsbasis ist vonnöten.“

Diese Passage enthält praktisch alle Elemente, die für konzeptionelle Überlegungen zur Gestaltung von Politik in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren typisch sind: das Eingeständnis, Regierungshandeln im traditionellen Sinn sei an eine Grenze gestoßen, einen ungebrochenen Glauben an die Wissenschaft und ihre Möglichkeiten zur Analyse und langfristigen Prognose sowie die Überzeugung, die Zukunft von Wirtschaft und Ge-

⁷³ Vgl. Jürgen W. Falter: Bayerns Uhren gehen wirklich anders. Politische Verhaltens- und Einstellungsunterschiede zwischen Bayern und dem Rest der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 13 (1982), S. 504–521, hier S. 514–519.

⁷⁴ Alfons Goppel: Ein Land plant seine Zukunft, in: Ernst Schmacke (Hrsg.): Bayern auf dem Weg in das Jahr 2000. Prognosen, Düsseldorf 1971, S. 11–29, hier S. 11; die folgenden Zitate finden sich ebd., S. 12, 22f.

sellschaft lasse sich mit den richtigen Instrumenten maßgeblich beeinflussen. Man würde nicht vermuten, dass dieses emphatische Bekenntnis zum Planungsgedanken aus der Feder eines konservativen Politikers stammt. Goppel versäumte es denn auch nicht zu betonen, dass die bayerische Staatsregierung davon überzeugt sei, ihre Ziele ließen sich „nicht planifikatorisch oder dirigistisch“ verwirklichen; es könnten lediglich „die freien unternehmerischen Kräfte in der Wirtschaft [...] gezielt gefördert und unterstützt werden“. Nach seinem Lob der Planung musste dieses liberale Bekenntnis, das Goppel zudem im letzten Drittel seines Aufsatzes versteckte, aber fast schon wie eine Randbemerkung wirken.

In unserem Zusammenhang ist dieses Buch und dieses Statement des bayerischen Ministerpräsidenten nicht zuletzt deshalb interessant, weil es ein doppeltes Gegenstück gibt: ein Buch über Baden-Württembergs Weg in das Jahr 2000 und einen Beitrag des damaligen Regierungschefs Hans Filbinger, den man heute fast nur noch wegen seiner NS-Vergangenheit als Marinerichter ohne Gnade kennt⁷⁵ und dessen Rolle als konservativer Reformpolitiker beinahe vergessen ist,⁷⁶ obwohl er seinerzeit in einer Reihe mit Helmut Kohl in Rheinland-Pfalz oder Ernst Albrecht in Niedersachsen stand. Das Credo des CDU-Politikers unterschied sich wenig von dem seines Amtskollegen Alfons Goppel, wenn man davon absieht, dass Filbinger in seinen Ausführungen noch weiter ging, was die Reichweite und den Tiefgang der Reformpolitik betraf. Die Mischung aus Zeitgeist, eigener Überzeugung und politischen Rücksichtnahmen auf den sozialdemokratischen Koalitionspartner ließ Filbinger eine Vision zeichnen, die mit dem, was man gemeinhin konservativ nennt, nur wenig gemein hatte.⁷⁷ Und er verteidigte diese Form der Landesentwicklung, die auf Industrie, Wachstum, Zentralisierung und Planung setzte, auch noch zwanzig Jahre später, als längst andere Leitbegriffe wie Dienstleistungsgesellschaft, Ökologie, Nachhaltigkeit und endogene Regionalentwicklung Konjunktur hatten. So kommentierte er einen nicht unkritischen Beitrag zur regionalen Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg noch 1992 mit den Worten:

„Ein [...] Gebiet waren die Notstandsgebiete in Nordbaden [...] – ‚badisch Sibirien‘, ein alter Begriff. Dort war ein Entleerungsgebiet mit Landflucht; der Begriff Landflucht wurde damals großgeschrieben. Insbesondere die Jugend wanderte ab. [...] Ich nenne noch Hohenlohe, wo es ganz ähnlich gewesen ist, und schließlich Oberschwaben. Was machte man? Wir haben einen Hohenlohe-Plan gemacht, ebenso Pläne für Oberschwaben, für Nordbaden und das südliche Oberrheingebiet. [...] Das führte dann zu einer übergreifenden Ordnung, die wir Raumordnung und Landesplanung nannten, zusammengefaßt im *Landesentwicklungsplan*. Das Ziel war die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. [...] Dieser Entwicklungsprozeß, der über 20, 30 Jahre gelaufen ist, hat bewirkt, daß Baden-Württemberg in seiner Leistungskraft an die Spitze der Bundesländer gekommen ist.“⁷⁸

⁷⁵ Vgl. sehr kritisch Wolfram Wette (Hrsg.): *Filbinger – eine deutsche Karriere*, Springe 2006, sowie aus persönlicher Sicht unter Heranziehung von Hans Filbingers Tagebüchern Susanna Filbinger-Riggert: *Kein weißes Blatt. Eine Vater-Tochter-Biografie*, Frankfurt a. M./New York 2013.

⁷⁶ Vgl. Erik Lommatzsch: *Umweltpolitische Positionen Hans Filbingers*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 19 (2012), S. 253–268, hier S. 253f.

⁷⁷ Vgl. Hans Filbinger: *Ein Land plant seine Zukunft*, in: Ernst Schmacke (Hrsg.): *Baden-Württemberg auf dem Weg in das Jahr 2000. Prognosen*, Düsseldorf 1971, S. 10–27.

⁷⁸ Vgl. Willi A. Boelcke: *Erfolge und Mißerfolge der regionalen Wirtschaftspolitik*, in: Meinrad Schaab (Hrsg.): *40 Jahre Baden-Württemberg. Versuch einer historischen Bilanz (1952–1992)*. Colloquium am 2. Juli 1992 in Freiburg i. Br., Stuttgart 1993, S. 61–65; die zitierte Replik Filbingers findet sich ebd., S. 69f. (Hervorhebung im Original).

Ob Baden-Württemberg tatsächlich zum Primus unter den Ländern der „alten“ Bundesrepublik avancierte, sei dahingestellt. In unserem Zusammenhang geht es vor allem darum, dass sich in Baden-Württemberg und Bayern gleichermaßen ein Fortschrittsnarrativ – oder wenigstens wirkmächtige Residuen davon – erhalten hat, das Überzeugungen transportiert, wie man sie um 1960 in allen Teilen der Bundesrepublik finden konnte. Zumindest in West- und Norddeutschland waren diese aber mit der Strukturkrise „nach dem Boom“ im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts brüchig oder sogar unglaubwürdig geworden.⁷⁹ Oder mit anderen Worten: Während sich anderswo Krisen- oder gar Endzeitstimmung breitmachte, blieben in Baden-Württemberg und Bayern – aller Kritik an der Planungseuphorie vergangener Tage zum Trotz⁸⁰ – Überzeugungen lebendig, die mit der Krise von Stahl, Kohle und Schiffbau im Westen und Norden Deutschlands spätestens mit der zweiten Ölkrise 1979/80 zu Grabe getragen wurden.⁸¹

Zu diesen Überzeugungen gehört der Glaube an die Politik oder besser: der Glaube an die Möglichkeit, sozioökonomischen Strukturwandel durch staatliche Interventionen steuern und in die richtige Richtung lenken zu können. Ein herausragendes Beispiel ist die von Edmund Stoiber nach seiner Wahl zum bayerischen Ministerpräsidenten im Jahr 1993 initiierte und lautstark propagierte „Zukunftsoffensive“ für den Freistaat, die über den Verkauf von Staatsbeteiligungen finanziert wurde. Interessant sind dabei die Reaktionen der Presse. So schrieb etwa Nina Grunenberg in der „Zeit“:

„Alle rätseln über die Zukunft. Nicht die Bayern. Kaum jemand vertraut noch in die Zukunft. Kein Problem in Bayern. Auf Zukunft gäbe es kein Copyright [...]. Die Bayern widersprechen. Sie sind sicher, daß sie die Zukunft längst gepachtet haben. Mögen andere den Diskurs über die ‚reflexive Moderne‘ pflegen: In der bayerischen Staatskanzlei wird gehandelt – zuversichtlich, überzeugt, motiviert und erschreckend zielbewußt für alle, die noch Zweifel haben.“⁸²

Diese Interpretation war Wasser auf die Mühlen derer, die hinter der „Zukunftsoffensive“ standen. Nicht nur, dass Bayern, die Staatsregierung und die CSU – ohne sie auch nur zu nennen – in eins gesetzt und damit Vorstellungen vom schwarzen Monolithen im Süden der Bundesrepublik befestigt wurden, auch der Erfolg schien gleichsam vorprogrammiert zu sein. Dieses Muster der aktiv gestaltenden, von der CSU getragenen, erfolgreichen Modernisierungspolitik hat sich so weit verfestigt, dass sich selbst Experten mitunter schwer tun, kurzschlüssige Deutungen abzuwehren – selbst wenn sie allzu suggestive Fragen von Journalisten mit dem Verweis auf die Interdependenz von günstigen Rahmenbedingungen, richtungweisenden politischen Entscheidungen und glücklichen Zufällen zu kontern versuchen, ohne die sich die Entwicklung in Bayern, aber auch in Baden-Württemberg

⁷⁹ Zu Zukunftserwartungen und Fortschrittsverständnis zwischen Boom und Krise vgl. Elke Seefried: Bruch im Fortschrittsverständnis? Zukunftsforschung zwischen Steuerungseuphorie und Wachstumskritik, in: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.): Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016, S. 425–449.

⁸⁰ Vgl. Schlemmer/Grüner/Balcar: Landesplanung in Bayern, in: Frese/Paulus/Teppe (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, S. 448–450; Michael Ruck, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Schildt/Siegfried/Lammers (Hrsg.): Dynamische Zeiten, S. 362–401, hier S. 392–400.

⁸¹ Vgl. Winfried Süß: Der keynesianische Traum und sein langes Ende. Sozioökonomischer Wandel und Sozialpolitik in den siebziger Jahren, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht. Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 120–137.

⁸² Die Zeit vom 13. 10. 1995: „Der Prophet der Moderne. Alle reden von der Zukunft. Die Bayern machen sie“.

nicht erklären lässt.⁸³ Es wäre zu fragen, inwieweit sich diese Fama erfolgreicher Modernisierungspolitik im Sinne einer *self-fulfilling prophecy* mittlerweile zu einem Standortfaktor *sui generis* gemausert hat, der insbesondere in engen Entscheidungssituationen von ausschlaggebender Bedeutung sein kann.

6. Das „achte Weltwunder“ und die Geschichte der Bundesrepublik

Die Ergebnisse dieses Beitrags seien abschließend in vier Thesen zusammengefasst: Bayern und Baden-Württemberg hatten, *erstens*, viel gemeinsam. Die Unionsgeführten Landesregierungen taten freilich auch viel dafür, um diese Gemeinsamkeiten möglichst stark hervortreten zu lassen und die Idee der „Südschiene“ im föderativen System der Bundesrepublik lautstark zu propagieren. Dass dahinter die real existierenden Unterschiede zurücktraten und dass die Ergebnisse nicht selten hinter den Ansprüchen zurückblieben, steht auf einem anderen Blatt. *Zweitens* hatten die Propagierung und politische Umsetzung eines an der industriellen Moderne orientierten Fortschrittsparadigmas, wie es sich bis zum Ende der 1960er Jahre in Bayern wie in Baden-Württemberg durchgesetzt hatte, weitreichende Folgen in denjenigen Regionen der beiden Bundesländer, die diesen Fortschritt jahrzehntelang nur neidvoll aus der Ferne verfolgt hatten. Für die meisten Menschen in diesen Regionen waren die Versprechungen der industriellen Moderne auch dann noch attraktiv, als sie anderswo bereits unglaublich, ja sogar furchteinflößend geworden waren. Daraus ergibt sich, *drittens*, die Frage nach den Zäsuren. Die 1970er Jahre gelten vielfach als eine Art „Wasserscheide“⁸⁴ in der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts – mit den entsprechenden Konsequenzen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In Süddeutschland scheinen sich aufgrund sozioökonomischer und kultureller Dispositionen bestimmte Überzeugungen und Verhaltensweisen erheblich länger gehalten zu haben, die gemeinhin mit der industriellen Moderne assoziiert werden, als in anderen Teilen der Bundesrepublik. Damit erscheinen aber auch bestimmte Periodisierungsangebote der Forschung zumindest fraglich, und es ließe sich durchaus die These vertreten, dass der Boom in Bayern und Baden-Württemberg später zu Ende ging als in anderen Teilen der Republik.

Viertens ist die Frage nach dem Erfolg der Entwicklungsmodelle in Baden-Württemberg und Bayern zu stellen. Was Erfolg ist – und was nicht –, hängt vom Erkenntnisinteresse und vom Standort des Betrachters ab. Man könnte vier Kriterien ansetzen: politische Stabilität, soziale Integration, ökonomische Prosperität und politisch-kulturelle Identität. Vor allem, wenn man die Schwierigkeiten berücksichtigt, vor denen Bayern und Baden-Württemberg noch in den 1950er Jahren standen – genannt seien lediglich die Schlagworte Wiederaufbau, Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, Bewältigung des Strukturwandels in den Jahren des sogenannten Wirtschaftswunders sowie „innere Staatsgründung“ in Baden-Württemberg nach 1952 –, so fällt das Urteil *cum grano salis positiv* aus, auch wenn die Schattenseiten des Erfolgs noch eingehender untersucht werden

⁸³ Vgl. Der Spiegel (Spiegel Extra: München) vom 11. 5. 2009: „Wer hat, dem wird gegeben.“ Der Historiker Helmut Trischler über Legenden um Bayerns Aufstieg vom Agrarland zur Hightech-Region, Franz Josef Strauß und den Matthäus-Effekt“; ähnlich auch: Die Zeit vom 10. 9. 1998: „Immer auf den größten Haufen“.

⁸⁴ Geoff Eley: End of the Post-War? The 1970s as a Key Watershed in European History, in: JMEH 9 (2011), S. 12–17.

müssten.⁸⁵ Was die Frage nach der politisch-kulturellen Identität betrifft, so ergab sich diese weder in Baden-Württemberg noch in Bayern von selbst, sondern sie war das Resultat einer gezielten Identitäts- und Heimatpolitik, die auf gewachsenen Traditionen aufbauen konnte und diese umzuformen oder zu überwölben vermochte.⁸⁶ Was den Freistaat angeht, so fühlten sich Umfragen zufolge im Jahr 2009 88 Prozent der Befragten eng oder sehr eng mit Bayern verbunden und immerhin 84 Prozent lobten die „besondere bayerische Lebensqualität“.⁸⁷ Und 2015 gaben 73 Prozent der Befragten an, sie seien „stolz ein, Bayer zu sein“, wobei der hohe Anteil an jungen Menschen auffällt, die sich mit Bayern identifizieren.⁸⁸

Neben der Identitäts- und Heimatpolitik dürften es vor allem die Wohlstandsgewinne gewesen sein, die bei Wahlen lange Zeit vor allem den Regierungsparteien zugutekamen. Die CDU in Baden-Württemberg und die CSU in Bayern schafften es nicht zuletzt deshalb, ein lange Zeit glaubwürdiges Narrativ der Einheit von Land und Partei zu schmieden – ein Narrativ, das mittlerweile freilich viel an Integrationskraft verloren hat, wie die CSU in Bayern bei den Landtagswahlen 2008 und die CDU in Baden-Württemberg bei den Landtagswahlen 2011 erfahren musste. Diesen Erosionsprozess belegt auch ein zweiter Blick auf die schon zitierte demoskopische Studie aus dem Jahr 2009. Auf die Frage nach den Gründen, stolz oder sogar sehr stolz auf Bayern zu sein, nannten 91 Prozent der Befragten die „schönen Landschaften“, 81 Prozent die „lebendigen Traditionen“ und 79 Prozent die „wirtschaftlichen Erfolge“. Aber nur 51 Prozent waren sehr stolz oder stolz darauf, wie in Bayern „Politik funktioniert“; immerhin 47 Prozent waren „nicht sehr stolz“ oder „überhaupt nicht stolz“ darauf – ein für die „Staatspartei“ CSU ernüchterndes Ergebnis.⁸⁹

Dass sich Bayern-Stolz, Heimatverbundenheit und Lebensgefühl immer schwerer in Wählerstimmen ummünzen lassen, hat mit soziokulturellen und -strukturellen Faktoren ebenso zu tun wie mit der veränderten Erwartungshaltung der Wählerinnen und Wähler. Die Heimatverbundenheit bezieht sich dabei offensichtlich stärker als früher auf Region und Wohnort, aber nicht unbedingt auf den Freistaat Bayern als Ganzes.⁹⁰ Diese „Ausdifferenzierung des Heimatbewusstseins“ lässt aber auch ungleiche Lebenschancen und Wohlstandsdifferenzen stärker hervortreten und verschafft ihnen größere politische Virulenz. „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, lautet das immer populärere Schlagwort, das aber auch den Föderalismus als Unterschiede anerkennendes Strukturprinzip und somit das Lebenselixier der CSU in Frage stellt. Für diese Entwicklungen – aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und der Lebensqualität ist vor allem Südbayern ein bevorzugtes

⁸⁵ Vgl. etwa Wilfried Rudloff: Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1949 bis 1973, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.): Gesellschaft im Wandel, S. 347–467.

⁸⁶ Vgl. Thomas Mergel: Staatlichkeit und Landesbewußtsein. Politische Symbole und Staatsrepräsentation in Bayern und Nordrhein-Westfalen 1945 bis 1975, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.): Politik und Kultur im föderativen Staat, S. 281–347; Obrecht/Haas: Landtag von Baden-Württemberg, in: Mielke/Reutter (Hrsg.): Landesparlamentarismus, S. 67f., 72.

⁸⁷ Generationenstudie 2009: Heimatgefühl und Leben in Bayern. Generationenspezifische und regionale Unterschiede von Einstellungen zu Politik und Heimat, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 2009, S. 23, 33; die folgenden Angaben finden sich ebd., S. 28.

⁸⁸ Vgl. Andreas Egger/Birgit van Eimeren: Heimatverbundenheit in Bayern nimmt weiter zu. Kerneergebnisse der BR-Studie 2015, in: Silke Franke/Holger Magel (Hrsg.): Heimat zwischen Tradition und Fortschritt, München 2016, S. 9–21, hier S. 12f.

⁸⁹ Generationenstudie 2009, S. 28.

⁹⁰ Vgl. Manuela Glaab/Michael Weigl: Politik und Regieren in Bayern: Rahmenbedingungen, Strukturmerkmale, Entwicklungen, in: dies. (Hrsg.): Politik und Regieren in Bayern, S. 19–96, hier S. 73–76; die folgenden Zitate finden sich ebd., S. 73f.

Ziel von Arbeitsmigration – scheint nicht zuletzt die Zuwanderung verantwortlich zu sein. Die Neu-Bayern aus dem In- und Ausland sind jedoch anderen Traditionen verhaftet und können mit sinnstiftenden Elementen wie bayerischer (Staats-)Geschichte, Brauchtum oder Dialekt wenig anfangen. Eine Erosion des bekannten „bayerischen Identitätsnarrativs“ ist die Folge. Oder wie es am Ende einer vor kurzem erschienenen Exploration der bayerischen Seele zur Erklärung des „Prinzip[s] Bayern“ heißt:

„Überall zeigten sich Kratzer, Schrammen und Risse, deren kantige und eckige Bruchränder ein wuseliges, mit sich und seiner Identität ringendes, Mythen erzeugendes und in Mythen gefangenes [...] Wesen offenbaren. Dieses innere Wesen zwingt die Bayern zu ständigen Improvisationen. Doch nur wer ständig improvisiert und sich dabei auch mal verirrt, kann von sich behaupten zu leben.“⁹¹

Die Individualisierung und Pluralisierung von Bayern- und Heimatbildern, die auch aus diesen Zeilen spricht, können politisch nicht ohne Konsequenzen bleiben. „Die traditionelle Inszenierung“ der CSU und der von ihr getragenen Staatsregierung als Bannerträger bayerischer Eigenstaatlichkeit, Interessen und Kultur „fällt so zunehmend schwerer und erzielt immer weniger die gewünschten Unterstützungseffekte“.⁹² Daran ändern wohl auch glänzende Strukturdaten und Zukunftsaussichten nichts. So ist es nicht ausgemacht, dass es der CSU wie früher gelingen wird, etwa aus einem „Ranking der Regionen 2016“ Kapital zu schlagen – einem „Erfolgs-Atlas“, der unter den Top Ten der 402 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte neun bayerische nennt.⁹³

Doch dieser Ausblick auf die aktuelle Situation greift zu weit voraus. Lange Zeit schienen die Wahlsiege von CDU und CSU in Bayern und Baden-Württemberg geradezu vorprogrammiert – Wahlsiege, die bei interessierten Beobachtern wie beim politischen Gegner vielfach ungläubiges Staunen auslösten. Als ein führender Bonner Sozialdemokrat 1974 nach den Ursachen für den triumphalen Erfolg der CSU und das schlechte Abschneiden seiner eigenen Partei gefragt wurde, antwortete er lediglich schulterzuckend, in Bayern gingen eben die Uhren anders.⁹⁴ Der verbreitete Rekurs auf Stereotypen oder gar mystifizierende Bemerkungen, die die CSU als eine Art bayerisches Mirakel erscheinen lassen, tragen jedoch nicht dazu bei, den anhaltenden Erfolg dieser Partei zu erklären. Der CSU, die seit langem an ihrer eigenen Legende feilt und darum bemüht ist, den „Mythos Bayern“⁹⁵ gleichsam schwarz einzufärben, kommt eine solche Sichtweise entgegen. So erklärte Generalsekretär Erwin Huber auf die Frage nach den politischen Perspektiven seiner Partei im Oktober 1994: „In Bayern haben die Wittelsbacher 800 Jahre regiert. Wir erst 37. Da is’ noch viel drin.“⁹⁶ Schon 1972 hatte man im „Spiegel“ mit Blick auf Baden-Württemberg lesen können, der deutsche Südwesten sei nicht nur das „klassische Land der CDU“, sondern so etwas „wie ein achttes Weltwunder“.⁹⁷ Metaphysische Kategorien haben der historischen Forschung nur selten gut getan. Sie sollten uns vielmehr stutzig machen und dazu bringen, unsere Anstrengungen zu intensivieren, um die Geschichte der Bundesrepublik im interregionalen Vergleich besser verstehen zu können.

⁹¹ Thomas Kernert: Dicke Lederhose. Das Prinzip Bayern. Ein Erklärungsversuch, München, 2016, S. 251.

⁹² Glaab/Weigl: Politik und Regieren in Bayern, in: dies. (Hrsg.): Politik und Regieren in Bayern, S. 74.

⁹³ Vgl. Focus vom 26. 11. 2016: „Das Ranking der Regionen 2016“.

⁹⁴ Vgl. Carol Carl-Sime: Bavaria, the CSU and the West German Party System, in: West European Politics 2 (1979), S. 89–107, hier S. 89.

⁹⁵ Robert Roßmann (Hrsg.): Mythos Bayern, München 2003.

⁹⁶ Der Spiegel vom 3. 10. 1994: „Große Welt im Rautengitter“.

⁹⁷ Der Spiegel vom 17. 4. 1972: „Im Südwesten ein achttes Weltwunder? Spiegel-Report über Baden-Württemberg – ‚Das klassische Land der CDU‘“.